

Der 17. Juni 1953 und die Krisengeschichte des „realsozialistischen“ Systems

Veranstalter: Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Datum, Ort: 03.04.2003–04.04.2003, Berlin

Bericht von: Henrik Bispinck und Mark Stuntz

Zum fünfzigsten Mal jährt sich in diesem Jahr der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, dem neben dem 13. August 1961 und dem 9. November 1989 wohl bekanntesten und markantesten Datum der Geschichte der DDR. Aus diesem Anlaß veranstalteten das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Der 17. Juni 1953 und die Krisengeschichte des ‚realsozialistischen‘ Systems“. Wie der Titel schon andeutet, beschränkte sich die Konferenz nicht auf die - bereits recht gut erforschten - Ereignisse des Volksaufstands und seine Vorgeschichte. Vielmehr war es ein Ziel der Tagung, den 17. Juni in den Kontext einer Krisengeschichte der osteuropäischen sozialistischen Staaten einzuordnen und eine vergleichende Perspektive - sowohl auf synchroner als auch auf diachroner Ebene - auf den Volksaufstand zu eröffnen.

Nach Begrüßung und Einführung durch Udo Wengst (IfZ) und Christoph Kleßmann (ZZF) begann die Tagung mit einem Vortrag von Karl Schlögel (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), der eingangs beklagte, der 17. Juni sei im vereinigten Deutschland ein vernachlässigtes Datum geworden, seit er vom „künstlichen Datum“ des 3. Oktober als „Tag der Deutschen Einheit“ abgelöst wurde. Schlögel warnte davor, eine direkte Kontinuitätslinie von 1953 über 1956, 1968, 1970 und 1980 bis 1989 im Sinne einer Deutung des 17. Juni als Auftakt einer Kette von Revolten gegen die Sowjetherrschaft zu ziehen. Statt dessen plädierte er für eine Wiederengewinnung des historischen „Erfahrungshorizontes“ des 17. Juni, für eine Rückkehr zu Ort, Zeit und Akteuren des Volksaufstands. Zudem problematisierte Schlögel die Anwen-

dung des Krisenbegriffs auf die sozialistischen Staaten; wann, so fragte er rhetorisch, sei der Sozialismus ohne Krise gewesen?

Die erste Sektion der Konferenz wandte sich zunächst einigen bisher wenig beleuchteten Aspekten des 17. Juni und seines unmittelbaren historischen Umfelds zu, bevor in den folgenden Sektionen Vergleiche zu anderen Krisen gezogen wurden. Zunächst sprach Elke Scherstjanoi (IfZ) über „Wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen im Vorfeld der Junikrise“, wobei sie sich auf den Zeitraum zwischen Sommer 1952 und Mitte April 1953 konzentrierte. Auf der Basis sowjetischer und deutscher Quellen untermauerte sie ihre These, daß die SED und die Sowjetische Kontrollkommission keineswegs ahnungslos in die Krise „hineingeschlittert“ seien. Vielmehr sei die Eskalation der Ereignisse im Jahre 1953 ein Ergebnis „untauglicher Krisenprävention“ gewesen, die unter anderem auf die mangelhafte Kommunikation zwischen Berlin und Moskau um die Jahreswende 1952/53 zurückzuführen sei. Im Anschluß machte Michael Schwartz (IfZ) auf einen wenig bekannten Konflikt zwischen dem SED-Regime und den Schwerbeschädigten im Vorfeld des 17. Juni aufmerksam. Die Auseinandersetzung um die Aufhebung der Fahrpreisermäßigung für diese auf den ersten Blick schwach erscheinende Randgruppe wurde nicht spontan auf der Straße, sondern institutionell organisiert über die Gewerkschaften ausgetragen. Insofern, so Schwartz, sei dieser Konflikt „systemkonform kanalisiert“ gewesen und konnte noch vor dem Ausbruch des Volksaufstands behoben werden. Henrik Bispinck (IfZ) beleuchtete in seinem Vortrag den Zusammenhang von drastisch zunehmender Fluchtbewegung, „Neuem Kurs“ und Juniaufstand. Dabei vertrat er u.a. die These, daß Fluchtbewegung und öffentlicher Protest - anders als 1989 - im Jahr 1953 nicht zusammenwirkten, sondern weitgehend voneinander unabhängige Symptome der politischen und gesellschaftlichen Krise darstellten. Dierk Hoffmann (IfZ) nahm zum Abschluß der Sektion die Person Otto Grotewohls und seine Rolle im Politbüro im Umfeld der Juni-Krise in den Blick. Die Zurückhaltung, die der DDR-Ministerpräsident im Konflikt zwischen Ulbricht und der so-

genannten Herrstadt-Zaiser-Gruppe an den Tag legte, führte Hoffmann zu einem auf dessen Furcht vor einer weiteren Isolation innerhalb der Parteispitze zurück, zum anderen auf seine Scheu vor Konflikten, die schon vor 1945 ein Charakteristikum seines politischen Handelns gewesen sei.

Im Zusammenhang mit der Tagung fand am Abend des 3. April in Kooperation mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Podiumsdiskussion zum Thema „Vergessene Revolten? Die Aufstände in den realsozialistischen Ländern als Teil der europäischen Demokratiegeschichte“ statt. Vier Historiker und Zeitzeugen aus vier verschiedenen Ländern, Mária Schmidt (Haus des Terrors, Budapest), Michal Reimann (Karls-Universität, Prag), Krzysztof Ruchniewicz (Universität Breslau) und Rainer Eppelmann (MdB, Stiftung Aufarbeitung, Berlin) waren dazu eingeladen, gemeinsam mit dem Publikum über die Rolle der Volksaufstände innerhalb der jeweiligen nationalen Erinnerungskultur zu diskutieren. Alle vier Teilnehmer des Podiums hoben die Bedeutung hervor, die die Erinnerung an frühere Bevölkerungsproteste für die politischen Umwälzungsprozesse am Ende des 20. Jahrhunderts gehabt hätten, wobei sie diese jedoch unterschiedlich gewichteten. Während Schmidt die Bedeutung der Erinnerung an den Aufstand von 1956 für die ungarische Demokratiebewegung sehr hoch veranschlagte und Eppelmann sogar die These wagte, ohne den 17. Juni sei die Revolution von 1989 „nicht denkbar“ gewesen, wies Reimann darauf hin, der „Prager Frühling“ sei während des Umbruchs 1989/90 zwar zunächst sehr präsent gewesen, im Laufe der Zeit aber allmählich in den Hintergrund getreten. Ruchniewicz hob eine Besonderheit der Situation in Polen hervor, wo es - im Gegensatz zu den anderen Ländern - mit der Kirche einen Raum gegeben habe, in dem sich „anderes Denken“ entfalten können. Die Erinnerung an die vergangenen Krisen und Konflikte spiele seit dem Umbruch von 1989/90 eine abnehmende Rolle und würde von einer wachsenden „Sehnsucht nach Normalität“ an den Rand gedrängt.

Unter dem Motto „Krisen und Krisenmanagement im Vergleich“ entwickelte die Auftaktsektion des zweiten Konferenztages eine

Vergleichsperspektive auf die Krisenprozesse im realen Sozialismus. André Steiner (ZZF) ging mit seinem wirtschaftshistorischen Beitrag am Beispiel der DDR der Frage nach, welche Ursachen letztlich konstitutiv für wirtschaftliche Krisensituationen im realen Sozialismus waren. Seine Analyse zielte auf die der Wirtschaftsentwicklung in der DDR zugrundeliegenden Zyklen, wobei er dem Verhältnis von endogenen und exogenen Krisenfaktoren besondere Aufmerksamkeit widmete. Als wirtschaftliche Krisensituationen lassen sich demnach die Jahre 1953, 1956, 1961, 1971, 1976, 1982 und die Niedergangsphase der DDR identifizieren. Von ihrem Charakter her seien die Wirtschaftskrisen im realen Sozialismus als politisch-wirtschaftliche Krisen zu verstehen.

Im Rahmen der zentral gelenkten Wirtschaften des Ostblocks wurde jeweils die Kapitalakkumulation begünstigt, nicht zuletzt durch den Systemwettbewerb. Der Wunsch der Parteiführungen, die Entwicklung in ihren Ländern zu beschleunigen, verstärkte diese Tendenz. Solche Investitionsschübe kennzeichnen nach Steiner die „Startphase“ der von ihm untersuchten Fluktuationen. Die Vielzahl der Vorhaben führte in einer „Erhitzungsphase“ zu steigenden Investitionskosten, Arbeitskräftemangel, und einer Verschlechterung der Außenhandelsbilanz. Die Konkurrenz der Betriebe um die knappen Arbeitskräfte und damit verbundene Lohnanreize führten in den Mangelgesellschaften des realen Sozialismus zu regelmäßigen Verwerfungen im konsumtiven Bereich (Kaufkraftüberhang, Mangel an höherwertigen Konsumgütern, hoher Beschaffungsaufwand) mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Arbeitsproduktivität und Motivation der Beschäftigten. Unruhen in der Bevölkerung wie am 17. Juni 1953 leiteten eine Phase der „Krise“ ein. Sie zwang die politische Machtelite und die Entscheidungsträger im Bereich der Wirtschaft zu Korrekturen im Bereich der Investitionen zugunsten der Konsumgüterproduktion.

Eine vergleichende Untersuchung der Krisenprozesse in den verschiedenen Ländern des realen Sozialismus regte Jürgen Danyel (ZZF) mit seinem Beitrag zum „Krisenmanagement der SED 1953, der KPC 1968 und

der PVAP 1980/81“ an. Krisensituationen im realen Sozialismus seien immer politisch induziert gewesen, d.h. sie wurden durch konkrete Eingriffe der Macht- und Funktionseliten in gesellschaftliche Prozesse ausgelöst. Aufgrund der stark zentralisierten Strukturen des Systems schlugen die krisenauslösenden Entscheidungen relativ schnell auf weite Bereiche der Gesellschaft durch. Einzelne Maßnahmen wirkten dabei oft als ein Katalysator, durch den die Wahrnehmung anderer negativer Züge des Systems verstärkt wurde. Fehlende soziale Differenzierungen trugen ebenfalls zur schnellen Verbreitung von Unruhen bei. Sowohl die polnische Streikbewegung im Sommer 1980 als auch die schnelle Ausbreitung der Proteste in den Tagen um den 17. Juni 1953 in der DDR gehörte diesem Szenario. Deutliche Parallelen wiesen auch die sozialen Unruhen in der Tschechoslowakei im Zusammenhang mit der Währungsreform vom Mai 1953 auf. Regional und sektoral begrenzte Konflikte wurden in den realsozialistischen Gesellschaften aufgrund der geringen Regelungskompetenz der lokalen Eliten sehr schnell zentralisiert. Insofern hätten Krisensituationen den ohnehin hohen Entscheidungsdruck auf die politische Machtelite noch einmal verstärkt. Danyl illustrierte am Beispiel der internen Diskussion der SED im Juni 1953, des hektischen Aktivismus der PVAP-Führung in der Streikphase 1980 und der Situation der KPC während des Prager Frühlings die Effekte dieser Lähmung des Machtzentrums. Hinzu sei in allen Fällen die gering entwickelte Fähigkeit der Parteikader gekommen, mit offenen Krisensituationen umzugehen.

In seinem Kommentar unterstrich Jiri Pernes (Institut für Zeitgeschichte, Prag) den Nutzen vergleichender Analysen, indem er auf Parallelen zwischen den Krisensituationen in der DDR und der Tschechoslowakei im Jahre 1953 verwies. Auch in dem Nachbarland der DDR sei es 1953 im Gefolge der Währungsreform zu offenen sozialen Unruhen gekommen. Pernes verwies in diesem Zusammenhang besonders auf die Ereignisse in Pilsen, wo die größten Demonstrationen stattfanden. Die Ereignisse in der DDR seien von der tschechoslowakischen Öffentlichkeit und nicht zuletzt von der politischen Führung der

Tschechoslowakei mit großer Aufmerksamkeit wahrgenommen worden.

In der nachfolgenden Sektion zu den sowjetischen und westlichen Reaktionen auf die Krisen im Ostblock beschrieb Hermann Wenter (IfZ) in seinem Vortrag die Erschütterungen von 1953, 1956, 1968 und 1980/81 als Krisen des sowjetischen Imperiums. Die Sorge um dessen Erhalt veranlaßte die Führung in Moskau nach Stalins Tod dazu, die Ostblockstaaten nicht nur zu eigenen Reformen zu drängen, sondern auch dazu, ihr Verhältnis zu diesen zu ändern. Moskau leitete nach zögerlichen Anfängen 1953 daher 1956 einen Prozeß der „Entsatellisierung“ ein, der die Entstalinisierung im Innern begleiten sollte. Diese Absicht ließ sich indes nicht verwirklichen, da die Niederschlagung der Aufstände von 1953 und 1956 zur Etablierung bzw. Festigung strukturkonservativer und zunehmend selbstbewußter Parteiführungen führte. Im Verlauf der sechziger Jahre lockerte sich daher der sowjetische Griff über Osteuropa. Die gewachsene Bedeutung der Ostblockstaaten spiegelte sich 1968 in den zahlreichen Konsultationen der „Fünfergruppe“ im Ostblock unter sowjetischer Führung angesichts des „Prager Frühlings“. 1980/81 kam es lediglich zu einer formalen Konsultation. Denn anders als 1968 schied damals eine militärische Option für die Sowjetunion aus, und sie konnte die Fäden nur dadurch in der Hand behalten, daß sie auf die Einberufung von Spitzentreffen verzichtete. Die Überdehnung der sowjetischen Ressourcen engte den sowjetischen Handlungsspielraum zunehmend ein und kündigte bereits 1980/81 den Zerfall des Imperiums an.

Bernd Stöver (ZZF) fragte in seinem Referat nach den Formen der Einflußnahme und den Reaktionen der Vereinigten Staaten auf die Aufstände von 1953 und 1956 in der Tschechoslowakei, der DDR, Polen und Ungarn. Die Perzeptionen und Aktivitäten der USA stellte er in den Zusammenhang der von dort betriebenen „Liberation Policy“. Die Befreiungspolitik fand jedoch dort ihre Grenze, wo die Gefahr bestand, daß durch Unterstützung der Aufstandsbewegungen militärische Verwicklungen und möglicherweise ein Dritter Weltkrieg ausgelöst würden. Daher verhielt sich Eisenhower in der Krise von

1953 - anders als die bisherige Rhetorik erwarten ließ - äußerst attentistisch. Aufgrund von internen Planungspapieren schloß Stöver, daß die USA die explosive Stimmung in den Ostblockländern nach 1953 konsequent weiter nutzen wollten. Dennoch reagierte die US-Regierung auf die Aufstände von 1956 fast genauso wie 1953. Washington entschloß sich jedenfalls, ungeachtet aller Planungsoptionen des Nationalen Sicherheitsrats, die Situation nicht durch Unterstützung der Aufständischen zu verschärfen. Christian Ostermann (Cold War International History Project, Washington, D.C.) merkte in seinem Kommentar unter anderem kritisch an, daß man Planungspapiere nicht mit konkreter Politik verwechseln dürfe; auch seien die Auswirkungen der Liberation Policy auf Osteuropa nur schwer zu fassen.

In der Sektion „Protestformen im realen Sozialismus - Dynamik und soziale Trägergruppen“ stellte Peter Hübner (ZZF) in seinem Referat zum Konfliktverhalten der Arbeiter zwei Merkmale im Interessenkonflikt zwischen spezifischen Gruppen und der Allgemeinheit heraus. Zum einen wurde die durch festgelegte, zentrale Pläne manifeste Unmöglichkeit der Überbrückung von Interessensgegensätzen auf der Makroebene in der DDR durch lokale Netzwerke von Entscheidungsträgern und Arbeitern zumindest teilweise aufgehoben, häufig in Form von Verhandlungen und daraus folgenden Kompromissen. Zum anderen läßt sich bei Arbeitskonflikten ein Zusammenhang zwischen Konfliktbereitschaft und Tätigkeitsgruppen feststellen: Weniger qualifizierte Arbeiter zeigten im realen Sozialismus eine deutlich größere Streikbereitschaft als höher qualifizierte. Auch die Ausprägung der „industriellen Sozialisation“ spielte im Konfliktverhalten eine wichtige Rolle. So zeigten Beschäftigte aus einem agrarischen Umfeld offenbar eine größere Neigung zu spontanem Protest und zu gewalttätigen Aktionen, als solche Beschäftigte, die bereits von Anbeginn im industriellen Milieu verwurzelt waren.

Thomas Lindenberger (ZZF) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit dem Volksaufstand des 17. Juni 1953 aus der Perspektive der historischen Protestforschung. Drei Richtungen zeigte er auf, durch die ein Erkenntnis-

gewinn für die Analyse des Volksaufstandes mit Hilfe der „crowd history“ möglich sein könnte. Ein genauere Untersuchung der Zusammensetzung der Menschenmassen zeigt, daß zwei gesellschaftliche Schichten maßgeblich am Aufstand beteiligt waren: Arbeiter mit sozialökonomischen Forderungen und Angehörige der Mittelschicht, die die versprochenen Haftentlassungen von Angehörigen einforderten. Junge Männer (Jugendliche, „Rowdys“) nahmen dabei die Rolle von „Konflikt-Katalysatoren“ ein. Ein weiterer Punkt, der mehr Aufmerksamkeit verdient, ist die Art der Sachbeschädigung, wie z. B. das kollektive Stürmen eines HO-Ladens. Dies markiert eine gemeinsame Grenzüberschreitung und steht so als Symbol für die Gemeinsamkeit der Protestierenden. Schließlich lassen sich aus der Interaktion zwischen Protestierenden und Staatsmacht sowohl die politischen „Ad-hoc-„Programme“ der Masse wie auch das Kalkül der Ordnungsmacht ablesen.

Am Beispiel Polens zeichnete Krzysztof Ruchniewicz (Universität Breslau) die verschiedenen Oppositionsgenerationen im Sozialismus nach, die er nach zwei Zeitabschnitten differenzierte. In der Periode bis 1956 war zunächst die einzige legale Opposition Polens aktiv, die zwei Jahre nach Kriegsende zerschlagen wurde. Bis 1955 folgte eine anhaltende Repressionswelle, in der kleine, unorganisierte Gruppen von Jugendlichen in Form von Sabotageaktionen gegen das Regime Widerstand leisteten. Mit dem Einsetzen des „Tauwetters“ entstand ein neues, diesmal innerparteiliches Forum der Opposition, die so genannten „Revisionisten“, die sich nach ihrer Niederlage im ideologischen Machtkampf fast vollständig von der kommunistischen Ideologie abwandten. Trotzdem wurden die Revisionisten Vorbild für andere Oppositionelle, wie für die Studenten von 1968 und für die Arbeiter von 1970, die zunächst nebeneinander agierten. Zum Wegbereiter für die intensive Zusammenarbeit der Oppositionsgruppen, wie sie dann in den achtziger Jahren zu erleben war, wurde das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“, das alle gesellschaftlichen Gruppen in sich vereinte.

Oldrich Tuma (Institut für Zeitgeschichte, Prag) zeigte in seinem Kommentar zu den drei Referaten Parallelen zwischen dem Kon-

fliktverhalten der tschechoslowakischen und der ostdeutschen Arbeiterschaft auf. Im Hinblick auf die beiden anderen Referate kam er zu anderen Schlüssen, vor allem weil die Oppositionsbewegungen in der Tschechoslowakei grundsätzlich andere Zielrichtungen hatten, die sich zudem im Lauf der Zeit radikal änderten.

„Mediale Wahrnehmung und Erinnerungsmuster“ der Krisen des Realsozialismus bildeten den thematischen Fokus der letzten Sektion. Hans-Hermann Hertle (ZZF) zeichnete anhand eines Vergleichs der deutschen Ereignisse der Jahre 1953 und 1989 die Rolle der Medien in Krisensituationen nach. Seine Leitfrage war, inwieweit Funk und Fernsehen über das Geschehen authentisch berichteten, es also nur vermittelten, oder durch ihre Übertragung auslösend wirkten und den Fortgang des Geschehens beeinflussen oder gar steuern konnten. Die Ereignisse in der DDR, 1953 ebenso wie 1989, bildeten insofern eine Ausnahme im Vergleich mit den anderen sozialistischen Ländern, als daß es, mit den Medien der Bundesrepublik Deutschland eine alternative Informationsquelle für die Bevölkerung gab und die DDR-Führung so keine volle Informationshoheit hatte. So konnten die DDR-Bürger im Sommer und Herbst 1989 erfahren, welche Szenen sich beispielsweise in der Ost-Berliner Ständigen Vertretung abspielten und erhielten den Beweis für die Möglichkeit solcher Aktionen; auch verstärkte besonders das Fernsehen die Forderungen der neu gegründeten Oppositionsbewegung, deren Verbreitungsgrad ansonsten stark eingeschränkt war. Die Medien hatten in der Anfangsphase des politischen Umbruchs in der DDR durchaus eine verstärkende Wirkung, spielten jedoch keineswegs eine auslösende, „revolutionierende“ Rolle - im Gegensatz zu den Umständen, die zum Mauerfall führten. Ganz anders die Rolle des West-Rundfunks - Fernsehen spielte 1953 eine zu vernachlässigende Rolle -, besonders des Rundfunks im amerikanischen Sektor (RIAS) beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953: Ideologisch in die amerikanische Befreiungspolitik eingebunden, thematisch mit mehreren täglichen Sendungen speziell für die Bürger der DDR ausgestattet und technisch fast überall in der Deutschen Demokra-

tischen Republik zu empfangen, reagierte der RIAS als erster umfassend auf die Demonstrationen im Berliner Ostsektor, was zweifelsohne für Zulauf sorgte. Auch die Forderungen der Demonstranten bündelte der RIAS in einem Katalog und verbreitete diesen bereits am Abend des 16. Juni. Kommentare sowohl von RIAS-Mitarbeitern als auch vom West-Berliner DGB-Vorsitzenden Ernst Scharnowski - am 17. Juni vor Arbeitsbeginn ausgestrahlt - taten ein Übriges. Dadurch wurde der Rundfunk im amerikanischen Sektor zu einem Katalysator der Streikbewegung, ohne den die flächendeckende Verbreitung des Aufstandes in der gesamten DDR in diesem Tempo nicht möglich gewesen wäre.

Rosalinde Sartorti (FU Berlin) fragte in ihrem Referat, inwieweit Bilder von Protest, Widerstand und Revolte rückblickend durch welche Medien vermittelt werden und welche Bedeutung sie für die nationale Gedächtniskultur erlangen. Das wesentliche Charakteristikum der Protestbilder aus den sozialistischen Ländern sei die symbolische Verdichtung des Geschehenen in wenigen Aufnahmen, die sich in drei Arten von Motiven einteilen lassen: den Masse und Entschlossenheit signalisierenden Demonstrationzug, den Kampf mit ungleichen Mitteln zwischen staatlicher Macht und unbewaffnetem Volk und den Bildersturm, dem Angriff auf die Symbole staatlicher Macht und dem Setzen neuer Zeichen. Besonders in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei wurden diese Bilder des Aufbruchs zu einem zentralen, identitätsstiftenden und vielfach in Spielfilmen zitierten Moment der nationalen Gedächtniskultur, zu einem wichtigen Bestandteil des visuellen Gedächtnisses des jeweiligen Landes.

In seinem Kommentar wies László Varga (Stadtarchiv Budapest) vor allem darauf hin, dass die Wirkung des DDR-Volksaufstandes auf die Revolution in Ungarn im Jahr 1956 nur schwer zu messen und entsprechend kompliziert zu bewerten ist. Die ungarischen Tageszeitungen druckten 1953 im wesentlichen TASS-Meldungen nach, in denen von einem „faschistischen Putschversuch“ in der DDR die Rede war. Ob und in welchem Maße westliche Radiosender wie Radio Free Europe dazu in der ungarischen Öffentlichkeit ein Gegengewicht bilden konnten, sei ex post ge-

nauso schwer zu beurteilen wie die Rolle und Wirkung westlicher Rundfunkstationen im ungarischen Aufstandsgeschehen 1956.

In der Schlussdiskussion der Tagung wurde noch einmal die Frage nach den Inhalten und dem Ertrag einer vergleichenden Untersuchung der Aufstände und Krisenprozesse in den sozialistischen Ländern aufgeworfen. Dabei wurden wie schon in den einzelnen Sektionen die sehr unterschiedlichen Erwartungen der Tagungsteilnehmer an eine historiographische Analyse des 17. Juni 1953 deutlich. Udo Wengst, der im Namen der Veranstalter eine erste Bilanz der Konferenz zog, bewertete die mit der Tagung erreichte Erweiterung der Perspektive auf den 17. Juni 1953 als einen wichtigen Schritt zu einer europäischen Kontextualisierung der Ereignisse in der DDR. Gleichzeitig habe die Konferenz dazu beigetragen, die methodischen Probleme vergleichender Untersuchungen der Krisenprozesse im realen Sozialismus herauszuarbeiten. In diesem Sinne verstehe sich die Tagung als ein Anfang, der unbedingt fortgeführt werden sollte. Karl Schlögel plädierte nachdrücklich dafür, sich bei der vergleichenden Untersuchung der Aufstände und Bevölkerungsproteste nicht nur auf die bekannten großen Ereignisse, wie den 17. Juni 1953, den Aufstand 1956 in Ungarn, den Prager Frühling oder die polnische Streikbewegung zu beschränken, sondern auch die vielen bislang wenig oder gar nicht erforschten Aufstände etwa in den sowjetischen Lagern einzubeziehen. Darüber hinaus müsse sich eine vergleichende Forschung stärker als dies bisher geschehen sei mit dem Erbe der mittel- und osteuropäischen Dissidentenbewegung auseinandersetzen, die Wichtiges und Unverzichtbares zur Aufarbeitung und Untersuchung der Massenproteste in den Ländern des realen Sozialismus geleistet habe.

Einig waren sich Referenten und Diskutanten in der Schlussfolgerung, dass von der Tagung ein Impuls zur Vernetzung der Forscher in den verschiedenen Ländern ausgehen sollte. Solide vergleichende Forschung bedarf neuer Formen der Kooperation, die die beteiligten Historiker ermuntert, die vorherrschende nationalgeschichtliche Betrachtung ihres Gegenstandes in Beziehung zu den Entwicklungen in den Nachbarländern zu setzen. In-

sofern sei mit der Konferenz der Weg in die richtige Richtung eingeschlagen worden, aber ein guter Teil der Wegstrecke erst noch zu beschreiben.

Tagungsbericht *Der 17. Juni 1953 und die Krisengeschichte des „realsozialistischen“ Systems*. 03.04.2003–04.04.2003, Berlin, in: H-Soz-Kult 05.07.2003.